

Schützt die Verfassung vor den Verfassungsschützern!

Dass DIE LINKE durch den Verfassungsschutz beobachtet und in einigen Bundesländern auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht wird, war für Kenner der politischen Verhältnisse in diesem Land keine große Neuigkeit. Dass das Bundesamt für Verfassungsschutz ein halbes Dutzend Beamte dafür abgestellt hat, knapp ein Drittel der LINKEN-Bundestagsabgeordneten besonders im Auge zu behalten, hat dennoch für einen handfesten Skandal gesorgt.

Die obskuren Begründungen, die dazu geliefert wurden, lassen daran zweifeln, dass diejenigen, die das Grundgesetz zu schützen vorgeben, es wirklich kennen. Eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse auf demokratischem Wege, wie sie DIE LINKE fordert, ist durch das Grundgesetz nämlich ausdrücklich gedeckt. Eine Änderung der Verhältnisse scheint sogar dringend geboten, da wichtige Grundrechte, wie die Verpflichtung, Eigentum auch zum Wohle der Allgemeinheit zu gebrauchen, der Schutz der Privatsphäre vor Überwachung oder das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Realität zunehmend ausgehöhlt und eingeschränkt werden.

Die Behauptung, der LINKEN ginge es nicht darum, sondern um eine Rückkehr zu diktatorischen Verhältnissen, ist eine Unterstellung, die durch Programmatik und Praxis unserer Partei seit langem widerlegt ist. Aufrechterhalten wird sie nur aus einem Grunde: um das Streben nach einer grundlegend anderen Gesellschaft unter Verdacht zu stellen. Dass das von einer breiten Öffentlichkeit erkannt und als Skandal empfunden wurde, zeigt, dass wir in diesem Streben nicht allein sind.

■ Klaus Lederer,
Landesvorsitzender



Foto: Frank Schwarz

Politischer Jahresauftakt Vor mehr als 750 Gästen sprachen aus diesem Anlass im Berliner Kino Kosmos Gregor Gysi, Gesine Lötzsch, Klaus Ernst sowie Alexis Tsipras, Vorsitzender der Linksfraktion SYRIZA im griechischen Parlament. Angesichts der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise forderten sie europaweit zu Widerstand gegen soziale Einschnitte und die Einschränkung der Demokratie auf.

Aller guten Dinge sind drei – Block Dresden 2012

Auch in diesem Jahr mobilisiert DIE LINKE gemeinsam mit einem breiten Bündnis nach Dresden. Über viele Jahre marschierten mehrere tausend Nazis am Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Februar 1945 durch die Stadt und trugen ihre geschichtsrevisionistische und rassistische Propaganda auf die Straße. Es war der größte Nazi-Aufmarsch Europas. Doch damit ist seit 2010 Schluss! Denn gemeinsam haben wir diese unsägliche Tradition mit dem Bündnis „Dresden nazifrei“ durchbrochen. Schon zweimal ist es durch zivilen Ungehorsam und durch gewaltfreie, aber entschlossene Blockaden gelungen, den Nazi-Großaufmarsch zu verhindern. Diesen Erfolg wollen wir auch dieses Jahr wiederholen. Die rassistische Mordserie der Behörden in diesem Zusammenhang machen deutlich: Selten war es wichtiger, nach Dresden zu fahren und zu demonstrieren, dass Nazis und ihre menschenverachtende Ideologie nichts in einer demokratischen Gesellschaft zu suchen haben. Wie wir heute wissen, hat das NSU-Terrortrio in den späten 1990er Jahren am Dresdener Nazi-Aufmarsch teilgenommen. Im sächsischen Zwickau hatten sie über mehrere Jahre ihren Unterschlupf. Davon haben die Behörden viel zu lange nichts mitbekommen. Neonazis und ihre Strukturen wurden von der übermächtigen CDU in Sachsen seit zwei

Jahrzenten verharmlost und kein zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen sie aufgebaut – mit fatalen Folgen. Bei der Überwachung von Antifaschistinnen und Antifaschisten hingegen sind die sächsischen Behörden die „deutschen Meister“: So wurde nach den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch im letzten Jahr öffentlich, dass mehrere Millionen personenbezogene Handydaten gespeichert und ausgewertet wurden. Hunderte Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. Mehrere Abgeordnete der LINKEN wurde wegen der Proteste im Jahr 2010 die Immunität entzogen: Bodo Ramelow, André Hahn, Janine Wissler und Willi von Oyen. Jetzt droht auch Falk Neubert, Michael Leutert und mir die Aufhebung der Immunität wegen der Blockaden 2011. Und das auf Grundlage von Anzeigen der NPD! Die Dresdener Staatsanwaltschaft will auf Biegen und Brechen Präzedenzfälle schaffen, um Blockaden als Straftaten einzuordnen und Nachahmung durch Abschreckung zu verhindern. Entschlossener Widerstand gegen Nazis ist notwendig. Ich hoffe, dass auch in diesem Jahr viele nach Dresden fahren und sich den Nazis entschlossen in den Weg stellen! Aktuelle Informationen unter www.dresden-nazifrei.com und auf Seite 4.

■ Caren Lay, MdB,
Bundesgeschäftsführerin

Thema:

Inakzeptable Entscheidung zu Flugrouten

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus sieht erheblichen Korrekturbedarf bei der Flugroutenplanung für den neuen Flughafen BBI. Die Festlegungen der Deutschen Flugsicherung aus dem Sommer 2011 könnten nicht das letzte Wort sein. Besonders die Belastung des Berliner Südostens durch die sogenannte Müggelsee-Route lehnt DIE LINKE ab. Sie kritisierte den neuen Senat, der gegenüber den Bundesbehörden nicht mehr aktiv geworden sei, um zum Beispiel Alternativrouten wie über die Gosener Wiesen zu prüfen.

Neuer Vorstoß zu Wahlalter 16

Die Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsfraktionen im Abgeordnetenhaus haben mit einem gemeinsamen Brief SPD und CDU eingeladen, einer Verfassungsänderung zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen auf Landesebene zuzustimmen. Die Fraktion DIE LINKE hat dazu außerdem eine parlamentarische Initiative gestartet, um insbesondere auch die SPD in die Pflicht zu nehmen, die eine entsprechende Absicht in ihrem Wahlprogramm formuliert hatte. Mit dem Wahlrecht sollen 16- und 17-Jährigen weitere zentrale politische Entscheidungsmöglichkeiten auch auf Landesebene eingeräumt werden.

Unterkunftskosten endlich anheben

Die Fraktion DIE LINKE hat vom Senat umgehend eine Rechtsverordnung zu den Kosten der Unterkunft für die Berliner gefordert, die von Hartz IV oder Grundsicherung im Alter leben müssen. Die Rechtsverordnung müsse an den Mietspiegel gebunden werden, die Kostensätze angehoben und so gestaltet sein, dass Transferleistungsbeziehende nicht aus ihrem sozialen Umfeld verdrängt werden. Mit einem entsprechenden Antrag knüpft die Linksfraktion an konkrete Forderungen aus der rot-roten Regierungszeit an. Die SPD hatte eine Lösung im Interesse der Mieter, die von Transferleistungen leben müssen, abgelehnt.

Einsparungen zulasten der Ärmsten verhindern

Der rot-schwarze Senat hat verkündet, dass er sich auf einen Haushaltsentwurf für die Jahre 2012 und 2013 geeinigt hat. Dieser Entwurf soll jetzt im Parlament bis zur Sommerpause beraten und beschlossen werden.

In diesem Haushalt müsste Rot-Schwarz also die unverbindliche Aneinanderreihung oft wohlfeiler Wünsche in ihrer Koalitionsvereinbarung mit Ressourcen untersetzen. Es ist nicht schwer zu prognostizieren, dass dies nicht gelingen wird. In den nächsten Wochen werden wir also erfahren, was tatsächlich die Schwerpunkte dieser Koalition für Berlin sind. Im Moment bleibt allerdings einiges unklar.

So war kaum froh verkündet worden, dass die Koalition 2012 und 2013 insgesamt 20 Mio. Euro für neue Kitaplätze ausgeben wolle, da stritt sich der Senat schon, was damit denn nun finanziert werden soll: Während die Jugendsenatorin darauf bestand, dass das Geld für die Schaffung neuer Plätze – also v.a. Bauinvestitionen – bestimmt sei, widersprach ihr öffentlich der Finanzsenator, dass daraus auch die laufende Finanzierung der Plätze zu bestreiten sei. Offensichtlich war sich der Senat am Tage seiner Beschlussfassung über den Haushalt nicht richtig klar darüber, was er eigentlich beschlossen hatte. Vielleicht liegt darin ja auch der Grund, warum der Haushaltsentwurf nach dem Senatsbeschluss dem Parlament zunächst vorenthalten wurde. Übrigens: Unter Rot-Rot stiegen die Ausgaben für die Betreuung von Kindern in der Kita in den Jahren 2007 bis 2011

um mehr als 150 Mio. Euro und in den vergangenen gut zwei Jahren wurden in Berlin allein für Baumaßnahmen an Kitas über 100 Mio. Euro ausgegeben. Das relativiert einiges.

DIE LINKE will in den Haushaltsberatungen Einsparungen zulasten der Ärmsten in der Gesellschaft verhindern – wir wollen also zum Beispiel, dass auch künftig Zwangsumzüge von Hartz-IV-Empfängenden möglichst vermieden werden. DIE LINKE streitet dagegen, dass die Entscheidungen für mehr soziale Gerechtigkeit, die unter dem Einfluss der LINKEN getroffen wurden, wieder rückgängig gemacht werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass in Bildung investiert wird und die Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler sich verbessern. DIE LINKE kämpft dafür, dass auch im Haushalt die Weichen für eine neue soziale Wohnungspolitik zugunsten der Mieterinnen und Mieter in der Stadt gestellt werden, ohne dass wieder Geschenke an die Immobilienlobby verteilt werden. Sie wird sich dafür einsetzen, dass die Bezirke so ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind, wohnortnahe Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

Aber wir werden auch deutlich machen, wo sich SPD und CDU still und heimlich von Wahlkampfversprechen und den Wünschen ihrer Koalitionsvereinbarung verabschieden.

■ *Dr. Manuela Schmidt,
Haushaltspolitische Sprecherin*



Foto: Katrin Schubert

Regierungserklärung: Der erste Senator war schon wieder zurückgetreten, als Klaus Wowereit im Januar die politischen Ziele der neuen Koalition im Abgeordnetenhaus vorstellte. Nicht nur deshalb attestierte DIE LINKE dem Senat einen schlechten Start und kritisierte dessen eklatanten Mangel an neuen Ideen. „Es ist ein bisschen wie bei der S-Bahn: Verspätung, Ausfall und keine Auskunft“, so das Fazit des Fraktionsvorsitzenden Udo Wolf.

Wohin geht Berlin, wohin die Berliner LINKE?

Wie wollen wir im Berlin der Jahre 2025, 2030, vielleicht gar 2050 leben? Was muss sich verändern, um hier gut leben und arbeiten zu können? Wie verbinden wir den Wunsch nach Selbstbestimmung der Berlinerinnen und Berliner mit sozialer Gerechtigkeit, ökologisch nachhaltigem Wirtschaften und mehr Demokratie? Was wird aus der „Berliner Mischung“, der Vielfalt unserer Bevölkerung, und wie organisieren wir künftig den sozialen Zusammenhalt in einer Zeit, in der die Globalisierung voranschreitet und die soziale Spaltung zunimmt? Diese und andere Fragen stellte sich der Landesvorstand der LINKEN Berlin in seiner Jahresauftakt-Klausur. Damit bereitet er eine stadtpolitische Debatte vor, zu der wir Menschen aus unterschiedlichen Milieus, Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften, Organisationen einladen wollen. Der Auftakt zur Leitbilddebatte „Wohin mit Berlin?“ soll am 8. und 9. Juni stattfinden. Vorbereitet wird diese Konferenz von einer Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aus Vorstand, Fraktion, Bezirken, Zusammenschlüssen und anderen, die jetzt ihre Arbeit aufgenommen haben. Im zweiten Teil der Klausur ging es um Frage, wie DIE LINKE in Berlin sicht- und wahrnehmbarer wird, wie sie mit mehr Menschen inner- und außerhalb der Partei in Kontakt kommt, wie sie ihre Öffentlichkeitsarbeit verbessern und strategisch neu ausrichten kann. Auch dazu gibt es eine Arbeitsgruppe quer durch die Partei, die ein neues Konzept entwickeln soll. Das werden wir auf der Basiskonferenz der Berliner LINKEN am 21. April erstmals diskutieren. Die Vorbereitung dieser Basiskonferenz markierte den Abschluss der Klausurberatung. Dort wird es dann auch um einen breiten Erfahrungsaustausch gehen, wie wir uns als Organisation weiter öffnen und damit nicht zuletzt auch für neue Mitglieder attraktiver werden können. Zugleich wollen wir diskutieren, wie wir unsere Mobilisierungs- und Arbeitsfähigkeit in Zukunft sichern.

■ Katina Schubert



Foto: Katina Schubert

Antirassistischer Protest Anfang Januar wurde der 23jährige Hamid-Tahar A. von drei jungen Männern erst rassistisch beleidigt und wenig später brutal zusammengeschlagen. Er erlitt schwerste Verletzungen. Nur wenige Tage nach dem brutalen Überfall auf einen jungen Migranten mitten im Prenzlauer Berg demonstrierten über 500 Menschen gegen rassistische Gewalt und für Solidarität mit den Opfern. Sie forderten, gegen die Bedrohung durch Nazis und Rassisten auch im Alltag konsequent vorzugehen und nicht wegzuschauen.

Europa sollte sich den Sparpakt sparen

Wo Europa nach zwei Jahren Krisenmanagement gelandet ist, kann man derzeit besichtigen: Der ganze Kontinent rutscht in eine Rezession. Irland, das viele auf dem Weg der Besserung wähten, gerät wieder in Schwierigkeiten. Die Lage in Griechenland ist weiter aussichtslos. Es wird immer offensichtlicher, dass die Probleme nicht einzelnen Ländern anzulasten sind. Die ganze Rettungsstrategie mit ihrem Fokus auf Haushaltskonsolidierung und Sparzwang ist gescheitert. Der aktuell verhandelte Sparpakt wird diese unselige Entwicklung noch weiter verfestigen. Der Sparpakt folgt der unseligen Tradition, bei der Haushaltssanierung in der Regel als Ausgaben Senkung, aber fast nie als Einnahmenerhöhung verstanden und praktiziert wurde. Nicht nur in Deutschland entstehen Haushaltsdefizite jedoch nicht durch zu hohe Ausgaben, sondern durch zu niedrige Einnahmen, vor allem infolge von Steuersenkungen für Vermögende, Konzerne und Besserverdienende. Das Beispiel Griechenland sollte eigentlich jedem vernunftbegabten Menschen klargemacht haben, dass sich die Staatsverschuldung mit brutaler Sparpolitik nicht senken lässt.

Wer Staatsschulden senken will, muss in erster Linie die Einnahmen erhöhen und erst in zweiter Linie jene Ausgaben und Subventionen auf den Prüfstand stellen, die wie die überbordenden Rüstungsausgaben in Griechenland überflüssig sind. Das beste Kostensenkungsprogramm für die Zukunft ist eine strikte Regulierung der Finanzmärkte, weil sich dadurch die Kosten der nächsten Finanzkrise drastisch reduzieren lassen. Diese Binsenweisheiten haben in den Fiskalpak

keinen Eingang gefunden. Stattdessen wird unspezifisches Sparen vorgeschrieben. Natürlich müssen Staatshaushalte seriös geführt werden. Wer jedoch glaubt, dass nationale Parlamente das nur tun können, wenn man ihnen Schuldenbremsen und Kürzungsprogramme auferlegt, beerdigt die Idee demokratischer Politik. Wer will, dass Parlamente nicht mehr frei über die Finanzierung des Gemeinwesens entscheiden können, will in letzter Konsequenz überhaupt keine Parlamente.

Was darüber hinaus dringlich angegangen werden müsste, ist die Reform der Währungsunion. Ohne nationale Zentralbanken, die Geldpolitik betreiben können, und ohne Wechselkurse, die unterschiedliche Entwicklungen abfedern können, lässt sich eine Währungsunion nur mit einer eng koordinierten Wirtschaftspolitik oder mit Transferzahlungen dauerhaft erhalten. Dazu fehlt aber der Wille.

Deutschland hat sich mit einer repressiven Lohnpolitik große Wettbewerbsvorteile gegenüber den anderen Eurostaaten verschafft. Die Regierung zwingt diese nun dazu, die gleiche Lohnpolitik nachzuholen. Dies hat nicht nur zur Folge, dass europaweit die Löhne gedrückt werden und die Ungleichheit weiter zunimmt. Zugleich wird auch die Konjunktur noch weiter abgewürgt, denn die Menschen können weniger kaufen. Vor lauter Sparwut hat die Bundesregierung auch diese Konsequenzen nicht im Blick. Das sind keine guten Voraussetzungen für ein schnelles Ende der Krise.

■ Axel Troost, MdB,
finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Termine:

15. Februar

Zwischen Realpolitik und Utopie: Eine kritische Bilanz linker Metropolenpolitik in Berlin

Debatte zu Bilanz und neuen Perspektiven linker Stadtpolitik mit Dr. Klaus Lederer, Dr. Britta Grell, Dr. Andrej Holm, Karin Baumert, Dr. Matthias Naumann
19.30 Uhr, RLS Berlin – Helle Panke e.V., Eintritt 1,50 Euro
Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin (S+U-Bhf. Schönhauser Allee)

20. Februar

Bankenkrise? - Euro-Krise? - Finanzkrise? - Krise des Kapitalismus? - Wo steht die europäische Linke?

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Andreas Wehr (GUE/NGL), 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

20. Februar

geDRUCKtes »In roten Schuhen – Meine politischen Wege«

Lesung und Gespräch mit Heidi Knake-Werner und Gesine Lötzsch
18 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin (U-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz)

22. Februar

Diskussionsveranstaltung „Wirtschaftsdemokratie“

Vortrag und Diskussion mit Detlef Henschke, ehemals Vorsitzender der Industriegewerkschaft Medien
19 Uhr, im BVV-Saal im Rathaus Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 4, 10707 (U-Bhf. Fehrbelliner Platz)

23. Februar

Megatrends in der Stadtentwicklung

Dr. Albrecht Göschel (ehemals Deutsches Institut für Urbanistik) zu Trends und Tendenzen, die gegenwärtig Stadtentwicklung und Stadtentwicklungsplanung beeinflussen. Veranstaltung des RLS Berlin – Helle Panke e.V.
19 Uhr, Salon Rohnstock, Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin, U-Bhf. Senefelder Platz

23.–26. Februar

Festival Musik und Politik

Mit Tom Morello, Woody Sez, Wenzel & Band, Augst & Sven-Åke Johansson, der Bolschewistischen Kurkapelle Schwarz-Rot u.v.a.m.
Programm unter: www.musikundpolitik.de

Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin
Karl-Liebkecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Thomas Barthel
Titel & Gestaltung: WARENFORM (F.L.)
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 26. 1. 2012

Kalenderblatt: 25. Februar 1947 Gesetz zur Auflösung Preußens

Das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nummer 46 war ein kurzes:

„Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erlässt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel 1

Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.“

Während noch vor wenigen Tagen mit einigem Pomp der 300. Geburtstag Friedrich II. begangen wurde, wird an den 65. Jahrestag der Auflösung Preußens kaum erinnert werden. Doch gehören beide Daten zusammen. Denn der „Philosoph aus Potsdam“, der sich gern als ersten Diener seines Staates bezeichnete, legte mit seiner

expansiven Außenpolitik, dem unverhohlenen Rechtsbruch zwischen Staaten und der Fortführung des von seinem Vater geschaffenen Militarismus auch die Grundlagen, die zur Auflösung Preußens führten. Auch wenn die Toleranz gegenüber anderen Religionen, die der Religionskritiker Friedrich lebte, zu Recht hervorgehoben wird, kennzeichnete Preußen über Jahrhunderte auch offene Reaktion und autoritäres Staatsdenken, Kadavergehorsam und Verachtung der Freiheit. Ein Geist, geprägt wesentlich von Junkern und später einem alten Machtblock aus „Weizen und Stahl“. So widersprüchlich Preußen war, seine autoritären und militaristischen Tendenzen setzten sich stets durch. Auch deshalb wird heute kaum bestritten, dass einen wesentlichen Anteil an der Beerdigung dieser Traditionen die Bodenreform im Osten Deutschlands hatte, die die ökonomischen Grundlagen der Macht der ostelbischen Junker beseitigte und damit auch der bürgerlichen Entwicklung im Westen Deutschlands einen Dienst erwies.

■ Carsten Schatz

SERVICE

Dresden nazifrei – auch 2012!

Gemeinsame Aktionen und Demonstration am 18. Februar in Dresden. DIE LINKE Berlin mobilisiert dafür als Teil des Berliner Koordinierungskreises.

Bus-Fahrkarten für 10 Euro

Erhältlich im:

KIZ

im Karl-Liebkecht-Haus

Kleine Alexanderstr. 28

10178 Berlin

Tel. 24 009 236

Weitere Informationen:

www.dresden-nazifrei.com

**DRESDEN
STELLT SICH
QUER**